

I. Verwaltung und Migration

1. Herausforderungen bei der Ausländerbehörde und anderen Ämtern

Welche dringenden Herausforderungen sehen Sie aktuell im Amt für Migration und Integration, und welche spezifischen Maßnahmen planen Sie, um diese anzugehen?

Die Situation an den Ausländerbehörden ist bundesweit – insbesondere in den Großstädten – nach wie vor schwierig. Das Amt für Migration und Integration hat seit meinem Amtsantritt 2020 mehr als 53 VK (Vollkraftstellen) zusätzlich erhalten (jetzt 169).

Zugleich haben sich die Zahlen der Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit von 132.500 (Ende 2020) auf über 155.000 (Ende 2025) erhöht, ein Plus von über 22.000 Personen. Allein hierfür war natürlich eine Personalmehrung unerlässlich.

In diese Zeit fiel auch die Corona-Pandemie, während derer die Zuwanderung, gerade in den Arbeitsmarkt, nahezu zum Erliegen kam, dann 2022 aber rapide wieder zunahm (Nachholeffekte) und seither kontinuierlich wächst.

Die Asylzahlen und der Ukraine-Krieg haben dazu beigetragen, dass sich viele Ämter der Stadt, gerade auch die Ausländerbehörde, auf neue Situationen und Herausforderungen schnell einstellen musste, Prioritäten mussten gesetzt werden.

Von Seiten des Bundes, gerade in den Jahren der „Ampel“-Regierung, kamen viele neue Regelungen und Aufgaben hinzu, als Stichworte sind hier Fachkräftezuwanderung, Chancenaufenthaltsrecht und zuletzt neues Einbürgerungsrecht zu nennen mit einer Vervielfachung der Antragszahlen quasi „über Nacht“.

All das hat bei nahezu allen deutschen Ausländerbehörden, speziell aber in den Großstädten, zu Überlastungssituationen geführt, die teilweise noch andauern. Das ist also kein Nürnberger Problem. Wenn dann noch andere Behörden, die im Prozess beteiligt werden (Bundesagentur für Arbeit, Sicherheitsbehörden, Justiz, Anerkennungsstellen usw.) überlastet sind, wirkt sich das auch auf den Gesamtprozess bei der Ausländerbehörde aus. Für die Betroffenen ist von außen nicht erkennbar, wo die Verzögerung hierbei entsteht.

Stadtintern herrscht zudem ein Mangel an qualifiziertem Personal, dem wir seit Jahren konsequent begegnen, in dem wir regelmäßig externes Personal einstellen und intern fortbilden. Die Attraktivität der Stellen bei der Ausländerbehörde haben wir durch Zulagen und neue Stellenbewertungen zu erhöhen versucht. Seither hat sich die Personalsituation stabilisiert. Dennoch ist der Faktor Personal weiterhin eine zentrale Herausforderung.

Die Ausländerbehörde war auch stadtweit die erste Dienststelle und bundesweit die erste Ausländerbehörde, die komplett digital arbeitet, die Digitalisierung wurde und wird also konsequent genutzt, um die Prozesse bei den Bürgerinnen und Bürgern wie auch stadintern online zu ermöglichen. Hier greifen also ein Bürgerkonto, das Fachverfahren mit online-Antragsstrecken (mehrsprachig), die elektronische Akte und ein Terminsystem ineinander, so dass bruchfrei gearbeitet werden kann.

Zuletzt wurde Anfang 2025 eine „Task Force“ eingerichtet, die sich gezielt den Beschäftigungsaufenthalten (Erstanträge Ausbildung, Erwerbstätigkeit, Wechsel nach Ausbildung) widmet. Die Task Force hat von Beginn an neue Anträge bearbeitet und mit einer schnellen Reaktionszeit dafür gesorgt, dass in diesem Bereich keine Beschwerden mehr auftreten, zudem nimmt sie sich je nach Kapazität auch sog. Altfällen an.

Im Bereich der Fachkräfteeinwanderung (beschleunigtes Verfahren) erfolgt eine Kooperation mit der IHK, die den Kontakt zu den potentiellen Arbeitgebern hält.

Mit den erwähnten neuen mehrsprachigen Antragstrecken, einem „Quick Check“ zur Vorbereitung der Einbürgerung, zahlreichen Erklärvideos und der Einrichtung eines Kundenreaktionsmanagements konnten wir seither die Rückstände reduzieren, die monatlichen Erledigungszahlen überwiegen die Neu-Eingänge deutlich.

Diesen Weg werden wir kontinuierlich weiter gehen, der Aufbau eine welcome-centers gemeinsam mit anderen Akteuren, der Umzug auf „The Q“ mit größeren und kundenfreundlicheren Bedienplätzen sowie einer Anlaufstelle für spontane bzw. eilige Fälle im dortigen Erdgeschoss und die Nutzung von Ausgabeautomaten für die Abholung von Aufenthaltstiteln (wie schon bei Pässen, Ausweisen oder Zulassung im Einsatz) werden die Service weiter verbessern.

Der weitere Ausbau der online-Dienste, der Einsatz von Voice- oder Chatbots wird auf der digitalen Seite weiter gehen.

Der Bund hat zudem im Rahmen seiner Modernisierungsagenda angekündigt, eine Rezentralisierung von bestimmten Fallkonstellationen im Ausländerrecht vorzunehmen, die die Ausländerbehörden vor Ort weiter entlasten soll.

Was sind Ihrer Meinung nach die Hauptursachen dafür, dass es in der städtischen Verwaltung nicht überall „rund läuft“ bzw. dies von den Bürgerinnen und Bürger so wahrgenommen wird: Sind es strukturelle Defizite, Ressourcenmangel oder organisatorische Mängel? Welche Reformen würden Sie konkret einleiten?

Klagen über die Bürgerämter, hier insbesondere über die Terminsituation dort, gibt es erfreulicherweise kaum noch. Die Terminsituation ist stabil, die Verfügbarkeit von Terminen ist sichergestellt. Diese sind online buchbar bzw. über das Service-Center auch telefonisch.

Zuletzt haben wir das System so ausgebaut, dass im Behördenwegweiser (als zentrales Auskunftsportale) direkt oder über Suchmaschinen eine bestimmte Dienstleistung auffindbar ist, dort Informationen (auch zu online-Möglichkeiten) zu finden sind und direkt eine Terminbuchung (wenn nötig) vorgenommen werden kann. Das System zeigt sofort an, wo und wann die nächsten freien Termine verfügbar sind. Ist ein Wunschtermin nicht dabei, kann ein solcher Terminwunsch hinterlegt werden; das System macht dann innerhalb weniger Stunden bis zu 3 Terminvorschläge per E-Mail, die 24 Stunden reserviert sind. Dieses Terminsystem haben wir nunmehr auch mehrsprachig gestaltet.

Die Verbesserung des Bürgerservice durch umfassenden Ausbau digitaler Angebote ist im Fokus. Dort, wo aus rechtlichen oder praktischen Gründen kein digitales Angebot möglich ist oder Sinn ergibt, wird der Bürgerservice durch digitale Angebote unterstützt (z. B. Online-Terminvereinbarung, Voice-Bot) und in die Fläche der Stadt ausgeweitet, um die Wege zu verkürzen und das Angebot zu den Bürgerinnen und Bürgern zu bringen.

Seit 2020 haben wir auch erreicht, den Bürgerservice in die Fläche zu tragen. Diese Neustrukturierung erfolgte durch Standortentwicklung und Erweiterungen:

- Bürgeramt Frankenstraße (ehem. Pop-up Bürgeramt)
- Bürgeramt Eberhardshof
- Erweiterung Bürgeramt Nord (ehem. Sparkassen-Geschäftsstelle)
- Kooperation mit der Sparkasse Nürnberg mit Bürgerservice in bestimmten Filialen

Die Bemühungen um eine Verbesserung des Bürgerservices bei der Stadt Nürnberg zahlen sich aus: Das erst im Dezember 2024 eröffnete Bürgeramt Eberhardshof ist bereits

Deutschlands beliebteste Behörde. Nürnberg belegt mit dem Bürgeramt Frankenstraße auch den 2. Platz.

Im aktuellen Behördenranking auf der Basis von Google-Bewertungen erreichte das Bürgeramt Eberhardshof (Fürther Straße 232) mit 5,0 Punkten bei 179 Bewertungen Platz 1. Besonders die kurzen Wartezeiten, die schnelle Abwicklung und die Höflichkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden positiv hervorgehoben.

Auf Platz 2 landet das im Juni 2022 eröffnete Bürgeramt Frankenstraße (Pillenreuther Straße 163). Das Bürgeramt Frankenstraße erreichte 4,8 Punkte bei 291 Bewertungen. Das ursprünglich als „Pop-up-Bürgeramt Frankenstraße“ eröffnete und als Übergangslösung geplante Bürgeramt wird aufgrund des großen Kundenzuspruchs und der überaus positiven Resonanz aus der Bürgerschaft zudem als „Bürgeramt Frankenstraße“ dauerhaft weitergeführt. Grundlage des Rankings ist ein Vergleich der Google-Bewertungen von 418 Bürgerämtern in den 50 größten Städten Deutschlands:

Zudem gab es Service- und Prozessverbesserungen

- „Baby an Bord“ (Kombiantrag noch in der Klinik) für Geburtenmeldung, Geburtsurkunden und Kindergeld
- Abholstationen für Ausweisdokumente an 5 Standorten
- Abholstation für Zulassungsdokumente und Plaketten (Kfz-Zulassung)
- Ausweitungen Sonderorte für Trauungen, zuletzt in Kooperation mit der Stadtbibliothek
- Bürgerinformation und Kommunikation
- Verbesserte Bürgerinformation – „Behördenwegweiser“
- Erklär-Videos
- Informationen zur Barrierefreiheit der Standorte
- Einsatz eines Voicebots beim Ordnungsamt: Führerschein, Gewerbe, perspektivisch Kfz-Zulassung
- und geplante Ausweitung auf das Service-Center
- moderne, einheitliche Bezahlarten

Als Ausblick folgt in 2026:

- Stadthaus Q mit besseren Bürgerservice-Angeboten
- Voicebot/Chatbot-Ausweitung
- Videoberatungen

Die Digitalisierung hat uns im gesamten Bürgerservice enorm weitergebracht. Nürnberg ist hier führend. Stand heute werden 1.795 dem Onlinezugangsgesetz (OZG) relevante Verwaltungsleistungen angeboten. Unser Fokus bei der Umsetzung bedeutet: Aus Nutzendensicht Prozesse neu denken und nur optimierte Prozesse technisch realisieren.

In Summe wurden zwischen 2020 und 2025 mehr als 3,4 Mio. Anträge über die Serviceplattform Mein Nürnberg (120.000 Konten, d.h. ca. jede/r 4. Nürnberger/in kann ein Konto haben) gestellt und bearbeitet.

Wir setzen Robotik ein (aktuell 13 Anwendungsfälle in Antragsverfahren), wir werden mit Einsatz von KI künftig weiter vorankommen.

Zahlreiche Auszeichnungen geben uns auf unserem Weg Recht (Digital-Award, seit Jahren Spitzengruppe im deutschlandweiten Bitkom-Index, Bereich Verwaltung erneut auf Platz 1, usw.).

All das kommt auch bei den Bürgerinnen und Bürgern an. Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sie muss zu spürbaren Erleichterungen für die Nürnbergerinnen und Nürnberger führen. Verfahren müssen (auch) online möglich sein. Wo wir das (aus rechtlichen Gründen) nicht

dürfen, erleichtern wir nötige analoge Verfahren durch Terminbuchungen, online-Informationen, Ausgabeautomaten usw.

Niemand darf ausgeschlossen werden; wir werden unsere Verwaltungsleistungen weiterhin analog und digital anbieten; dort wo es sinnvoll ist, helfen wir, dass Menschen, in der digitalen Welt mitmachen zu können: in Nürnberg gibt es eine Anlaufstelle, wo man sich vor Ort informieren kann, ein Bürgerkonto anlegen lassen kann und Hilfestellung bei online-Verfahren erhält (Info-Center Online Dienste in der Äußeren Laufer Gasse).

Die Gründe, warum Verwaltung aus Bürgersicht nicht immer reibungslos funktioniert, liegen somit weniger in organisatorischen Mängeln als in einer Kombination aus stark wachsender Nachfrage, begrenzten Ressourcen, rechtlichen Vorgaben und vormals nicht ausreichend digitalisierten Prozessen. Genau hier setzen unsere Reformen an.

2. Effizienz und Bürgernähe

Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Bürgerinnen und Bürger Nürnbergs tatsächlich messbare Verbesserungen im Verwaltungsprozess erleben?

Siehe auch die obigen Antworten – den eingeschlagenen Weg der kontinuierlichen Verbesserung des Bürgerservices bei der Stadt Nürnberg werden wir konsequent fortführen.

Für einen gleichberechtigten Zugang zu städtischen Dienstleistungen und Angeboten sind Information und Beratung grundlegend. In diesem Bereich haben wir bereits zahlreiche Verbesserungen erreicht, unter anderem durch:

- einen verbesserten Behördenwegweiser mit ausführlichen Informationen,
- die Mehrsprachigkeit von Online-Services und Terminbuchungen,
- eine Anlaufstelle für Information und Beratung zu den Online-Angeboten der Stadt,
- sowie durch Erklärvideos zu zentralen Verwaltungsleistungen.

Darüber hinaus wurden im Bürgeramt Mitte und beim Amt für Migration und Integration Kundenreaktionsmanager eingerichtet, die sich gezielt mit Beschwerden, Rückmeldungen und Hilfesuchen befassen. In vielen Dienststellen kommen zudem Sprachmittlerinnen und Sprachmittler zum Einsatz, die sich bei Bedarf vernetzen und Bürgerinnen und Bürger in ihrer Muttersprache unterstützen können. Der weitere Ausbau von Voice- und Chatbots wird die Erreichbarkeit zusätzlich verbessern.

Messbar werden diese Verbesserungen insbesondere durch stabile Terminalsituationen, verkürzte Warte- und Bearbeitungszeiten, die Auswertung von Beschwerden und Rückmeldungen, steigende Nutzungszahlen digitaler Angebote sowie durch die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger. Wo dennoch Lücken in der Ansprechbarkeit oder im Service bestehen, bin ich jederzeit bereit, gezielt nachzusteuern und Verbesserungen umzusetzen.

Digitalisierung im Bereich der Verwaltung kann ein Segen sein, aber auch neue Hürden aufbauen – es gibt auch viele Menschen (z.B. Ältere, Behinderte, Analphabeten), die bei einer rein digitalen Zugänglichkeit bzw. Erreichbarkeit der Stadtverwaltung faktisch von ihren Angeboten ausgeschlossen würden. Wie möchten Sie sicherstellen, dass die Verwaltung sowohl effizienter wird und dennoch barrierefrei für alle Menschen in dieser Stadt zugänglich ist?

Niemand darf von den Dienstleistungen und Angeboten der Stadt Nürnberg ausgeschlossen werden. Wir bieten Verwaltungsleistungen daher weiterhin analog und digital an und unterstützen Menschen, die Hilfe bei der digitalen Nutzung benötigen. So gibt es in Nürnberg eine Anlaufstelle, wo man sich vor Ort informieren kann, ein Bürgerkonto anlegen lassen kann und Hilfestellung bei online-Verfahren erhält. Die Servicestelle "Mein Nürnberg" in der Äußeren

Laufer Gasse 29 ist Anlaufstelle für alle, die Unterstützung bei der Nutzung von „Mein Nürnberg“ oder den städtischen Online-Diensten brauchen.

Siehe auch Beratung vor Ort: Servicestelle "Mein Nürnberg" – Mein Nürnberg

Zudem fördern wir digitale Teilhabe durch gezielte Projekte, wie „Digitale Grundbildung im Quartier“ (Bildungsbüro) oder „Wege in die digitale Welt für Ältere“ (Seniorenamt). Diese Maßnahmen stellen sicher, dass Effizienzgewinne durch Digitalisierung nicht auf Kosten der Zugänglichkeit gehen, sondern alle Menschen in Nürnberg die Verwaltungsangebote tatsächlich nutzen können.

Weitere Informationen finden Sie hier

<https://www.nuernberg.de/internet/bildungsbuero/digiinq.html>

https://www.nuernberg.de/internet/seniorenamt/wege_in_die_digitale_welt.html

3. Sichtbarkeit von Integrationsthemen

Gibt es konkrete Überlegungen, eine Ansprechperson nach außen für Integrationsthemen zu bestimmen, insbesondere angesichts der Tatsache, dass die Aufgaben im Bereich Integration oft als Querschnittsaufgaben organisiert sind und von außen schwer nachvollziehbar ist, wer wofür zuständig ist?

Die Stadt Nürnberg verfolgt das in ihren „Leitlinien zur Integrationspolitik“ verankerte Ziel, dass „Integrationspolitik ... eine Aufgabe (ist), die nachhaltig alle Bereiche kommunalen Handelns betrifft. Alle Referate und Dienststellen der Stadt sowie die städtischen Unternehmen müssen sie bei ihrer Arbeit berücksichtigen. Dabei wird die Integrationspolitik mit anderen Querschnittsaufgaben im Sinne eines umfassenden Ansatzes zum Umgang mit Vielfalt („Diversity-Ansatz“) verzahnt.“ (siehe Leitlinie 6: „Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe“).

Die integrationspolitischen Leitlinien wurden im letzten Jahr auf einen Beschluss des Integrationsrates hin von der Verwaltung gemeinsam mit dem Integrationsrat fortgeschrieben und vom Nürnberger Stadtrat im September 2025 mit großer Mehrheit beschlossen.

Über den Ansatz, Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe zu organisieren und gemeinschaftlich zu gestalten, besteht demnach Konsens zwischen mir als Oberbürgermeister, der Stadtverwaltung, dem Stadtrat und dem Integrationsrat. Meiner Ansicht nach behält dieser Ansatz seine Gültigkeit, um der gemeinschaftlichen Verantwortung der gesamten Stadtverwaltung für das wichtige Thema Integration gerecht zu werden. Selbstverständlich ist es überaus wichtig, die Erreichbarkeit und Sichtbarkeit der Verwaltung sicherzustellen und weiter zu verbessern – dies gilt unabhängig vom Thema Integration / Migration.

Eine Schlüsselrolle als Ansprechpartner für Integration und als Mittler zwischen Verwaltung und Bürgerschaft nimmt auch und gerade der Integrationsrat ein. Hier baue ich auf eine weiterhin gute und erfolgreiche Zusammenarbeit.

Wenn ja, welche Rolle sehen Sie für einen Beauftragten bzw. Ansprechpartner für Integration als Mittler zwischen Verwaltung und Bürgerschaft? Wie könnte dieser helfen, die Sichtbarkeit integrativer Maßnahmen zu verstärken, bzw. wie möchten Sie dies auf anderen Wegen erreichen?

Siehe obige Antwort

II. Bildung und Chancengleichheit

Ein wichtiger inhaltlicher Schwerpunkt der Arbeit des Integrationsrates in den vergangenen Jahren war und ist die Thematik eines chancengerechten, diskriminierungsfreien Bildungssystems. Hierzu folgende Fragen:

4. Frühe Sprachförderung

Welche innovativen Ansätze verfolgen Sie, um die sprachliche Förderung von Kindern mit Migrationsgeschichte frühzeitig und bedarfsgerecht zu gewährleisten?

Die frühkindliche Bildung und Betreuung ist von zentraler Bedeutung, um Kinder mit Migrationsgeschichte beim Erwerb der deutschen Sprache frühestmöglich zu unterstützen. In Einrichtungen wie Krippen oder Kitas erlernen Kinder eine neue Sprache spielerisch und meist recht schnell. Bei unserer letzten Bildungskonferenz im November 2025 habe ich auch die Möglichkeit eines verpflichtenden Kita-Besuch zur Diskussion gestellt und stehe diesem Vorschlag positiv gegenüber.

Natürlich bleiben auch Förderangebote wie der Vorkurs Deutsch 240 immens wichtig, um die Sprachentwicklung zu fördern. Ich freue mich, dass die deutlichen Einschränkungen während der Corona-Pandemie überwunden und eine deutliche Ausweitung erreicht werden konnte, wie im aktuellen Bildungsbericht nachzulesen ist:

<https://bildungsbericht.nuernberg.de/2025/c-fruehkindliche-bildung#c2099-p261>

5. Antidiskriminierung im Bildungswesen

Wie wollen Sie Diskriminierung in Bildungseinrichtungen aktiv bekämpfen und eine Kultur der Chancengleichheit fördern?

In Leitlinie 5 „Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung“ haben wir als Ziel fest verankert: „Allen Formen von Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung treten wir mit Entschiedenheit entgegen, um Benachteiligungen aus Gründen der ethnischen Herkunft und Nationalität, des Geschlechts, der geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung, der Religion und Weltanschauung, der körperlichen und geistigen Fähigkeiten und der psychischen Verfasstheit, des Alters und der sozialen Herkunft zu verhindern oder zu beseitigen.“

Das gilt selbstverständlich und in besonderer Weise auch für Fälle von Diskriminierung in Bildungseinrichtungen. Auf einen Beschluss des Integrationsrates und einen Antrag von Stadtratsfraktionen hin erarbeitet die Verwaltung hierzu aktuell einen Vorschlag, um die Antidiskriminierungsarbeit an Schulen strukturell zu verbessern. Als Oberbürgermeister liegt mir dieses Vorhaben besonders am Herzen und ich unterstütze das Anliegen voll und ganz.

III. Wohnen

Das Thema Wohnen ist und bleibt ein Dauerbrenner für alle Bevölkerungsgruppen, gerade in einer nach wie vor dynamisch wachsenden Großstadt wie Nürnberg.

6. Bezahlbarer Wohnraum für alle

Welche Strategien verfolgen Sie, um sicherzustellen, dass bezahlbarer Wohnraum für Menschen mit Migrationshintergrund und alle anderen bedürftigen Gruppen gleichberechtigt zugänglich bleibt?

Nürnberg als attraktive und lebenswerte Großstadt wächst. Das führt zu einem angespannten Wohnungsmarkt mit steigenden Mieten. Wir wirken dem entgegen. Genannt seien zwei Beispiele:

- *Mit dem Tiefen Feld, Lichtenreuth und Wetzendorf werden drei große Neubaugebiete entwickelt. In Lichtenreuth sind über 500 geförderte Wohnungen geplant oder bereits entstanden. 8000 Menschen werden am Ende in diesem neuen Stadtteil wohnen.*
- *Dem Förderstopp der Bayerischen Staatsregierung für geförderten Wohnungsbau im Jahr 2025 entgegnet die Stadt mit dem „preisgedämpften Wohnungsbau“: Sind keine Fördermittel für den verlangten Anteil von 40% geförderten Wohnraum vorhanden, müssen sich Investoren dennoch verpflichten, 20 Prozent ihrer Neubauwohnungen zu gedeckelten Mieten anzubieten.*

7. Soziale Durchmischung

Was sind Ihre Pläne, um eine gesunde soziale Durchmischung in Stadtteilen zu fördern und Ghettoisierungstendenzen entgegenzuwirken?

Der erste Schritt fängt bereits bei der Planung an. Wir genehmigen einen bunten Mix aus Wohnungen barrierefrei in unterschiedlichen Größen – frei finanziert und gefördert, der verschiedene Zielgruppen anspricht. Im Baulandbeschluss der Stadt Nürnberg sind deshalb 40% geförderter Wohnraum vorgesehen, weil wir dies für einen guten Mix aus ausreichend bezahlbarem Wohnraum und guter sozialer Durchmischung halten. Neben den 500 geförderten Wohnungen in Lichtenreuth entsteht ein Mix aus verschiedenen Wohnformen, darunter frei finanzierte Wohnungen und genug Platz zur Naherholung. Zudem gehen wir in neu entstehende oder sozial angespannte Quartiere mit vielen städtischen Angeboten: Stadtteilkordinatorinnen, Beratungen oder Kulturläden. Quartierszentren unterschiedlicher Art sind dabei erste Anlaufpunkte und Orte der Begegnung für alle Bewohnerinnen und Bewohner in den Stadtteilen. Hier erfahren sie niedrigschwellige Hilfestellungen, kommen mit ihren Nachbarn in Kontakt und können sich auch aktiv in die Gestaltung ihrer Stadtteile einbringen.

IV. Arbeitsmarkt und Integration

Ein weiteres großes Thema, mit dem sich der Integrationsrat intensiv beschäftigt, ist die Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten und allgemein von Menschen mit Migrationshintergrund.

8. Beschleunigung der Arbeitsmarktintegration

Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um die Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den örtlichen Arbeitsmarkt effektiv zu beschleunigen?

Um die Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den Arbeitsmarkt zu beschleunigen, hat das beim Oberbürgermeister angesiedelte Bildungsbüro in Zusammenarbeit mit dem Integrationsrat eine erfolgversprechende Initiative gestartet, um die sprachliche und berufliche (Weiter-)Bildung von zugewanderten Personen sowie die Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Abschlüsse systematisch zu unterstützen.

Damit Bildungsteilhabe von zugewanderten Menschen mit ihren jeweils unterschiedlichen Bildungsbiographien und Sprachkenntnissen und die Integration in den deutschen Arbeitsmarkt gelingt, müssen zahlreiche Gewerke sinnvoll ineinandergreifen. Hierfür wurden gemeinsam innovative Beratungsformate zur Berufsintegration von zugewanderten Menschen entwickelt wie die „Aktionstage Berufliche Weiterbildung: Schritte in den Beruf nach dem Spracherwerb“ und bei der Bildungskonferenz im November 2025 vorgestellt. Es fand ein reger Austausch von Ideen für nachhaltige Lösungen und zu Best-Practice-

Beispielen statt und es wurde ein aktives Netzwerk – die Ideenwerkstatt - gegründet. In Kooperation mit der Agentur für Arbeit, der Handwerkskammer für Mittelfranken, der Industrie- und Handelskammer Nürnberg für Mittelfranken, dem Jobcenter Nürnberg-Stadt, der Noris-Arbeit gGmbH und der Stadt Nürnberg werden wir diesen Ansatz in enger Zusammenarbeit mit dem Integrationsrat weiterverfolgen.

9. Förderung benachteiligter Gruppen

Wie setzen Sie sich speziell für die berufliche Integration benachteiligter Gruppen, wie Frauen mit Migrationsgeschichte oder junge Geflüchtete, ein?

In Nürnberg gibt es eine Vielzahl an Angeboten, Projekten und Programmen, um die berufliche Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte zu unterstützen, diese sind zudem häufig noch auf besondere Bedarfe ausgerichtet. Das Bildungsbüro fasst diese in der Datenbank „Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ zusammen. Dort können gezielt Programme nach Themen, Zielgruppen und Lebenslage gesucht werden:

[Angebotsdatenbank - Bildungsangebote für Neuzugewanderte](#)

V. Beteiligung und Mitbestimmung

Das Interesse der Bevölkerung für die Mitbestimmung auf kommunaler Ebene ist leider nicht so hoch, wie man sich dies wünschen würde – die Wahlbeteiligung bei den letzten Kommunalwahlen in Nürnberg im Jahr 2020 betrug nur 44,8%. Angesichts dessen stellen sich aus Perspektive des Integrationsrates folgende Fragen:

(Hinweis: Die Wahlbeteiligung lag bei 47,3 %)

10. Politische Teilhabe und Mitbestimmung

Welche innovativen Beteiligungsformate wollen Sie implementieren, um Menschen mit Zuwanderungsgeschichte aktiv in politische Entscheidungsprozesse einzubinden und ihre Stimme zu stärken?

Es gibt in Nürnberg eine Fülle an Beteiligungsformaten mit dem Ziel, alle Menschen in kommunalpolitische Entscheidungsprozesse einzubinden. Zu nennen sind hier die „klassischen“ Bürgerversammlungen, die mobilen OB-Touren in die Stadtteile, der digitale Bürgerdialog, die neuen „Lass uns reden“-Dialogformate in den Stadtteilen, die Kinderversammlungen, das Jugend-Partizipationsprojekt laut!, die partizipative Spiel- und Sportflächenplanung, aber auch der Mängel-Melder von SÖR. Eine Übersicht ist hier zu finden: <https://www.nuernberg.de/internet/stadtportal/buergerbeteiligung.html>

Als Oberbürgermeister ist mir der Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern ein großes Herzensanliegen. Im Dezember habe ich die unterschiedlichen Formate bei einer Veranstaltung des Integrationsrates den zahlreich anwesenden Vertreterinnen und Vertretern interkultureller Vereine vorgestellt und darum gebeten, die Angebote bekannter zu machen. Wir alle sind Nürnberg – und wir gestalten unsere Stadt am besten gemeinsam, so meine feste Überzeugung!

11. Inklusive Beteiligung

Wie stellen Sie sicher, dass Ihre Beteiligungsangebote auch tatsächlich alle Bevölkerungsgruppen erreichen, insbesondere jene mit sprachlichen oder kulturellen Barrieren?

Beim neuen und sehr niedrigschwelligen Dialogformat „Lass uns reden“ in den Stadtteilen, das ich im letzten Jahr ins Leben gerufen habe, gehen Vertreterinnen und Vertreter der Stadtspitze gemeinsam mit Mitgliedern des Integrationsrates in den Austausch mit Bewohnerinnen und Bewohnern in den Stadtteilen. Diesen Ansatz halte ich für erfolgversprechend und werde ihn gemeinsam mit dem Integrationsrat fortführen.

VI. Zukunftsausblick

Zum Abschluss möchten wir gerne noch etwas über Ihre langfristigen Ziele erfahren.

12. Ihre Vision für 2032

Was sind Ihre messbaren Ziele für die Integrationspolitik bis 2032, und wie planen Sie, diese zu erreichen?

Hier möchte ich nochmal auf unsere Leitlinien zur Integrationspolitik zurückkommen, die wir im letzten Jahr gemeinsam mit dem Integrationsrat fortgeschrieben haben und drei Leitlinien herausgreifen: Leitlinie 2,3 und 7.

Demzufolge wird Nürnberg auch im Jahr 2032 eine Stadt sein, in der kulturelle Vielfalt als Bereicherung und Gewinn wahrgenommen und wertgeschätzt wird, was auch künftig unseren wirtschaftlichen Erfolg begründen wird (Leitlinie 2). Die Vielfalt unserer Stadtgesellschaft wird sich in unserer Stadtverwaltung auf allen Ebenen widerspiegeln und unsere Attraktivität als Arbeitgeberin weiter steigern. (Leitlinie 7). Wir alle sind Nürnberg und Nürnberg hält zusammen (Leitlinie 3) – dies wird auch in Zukunft Bestand haben, zu messbaren Erfolgen in Bereichen wie Bildung, Wirtschaft und Arbeit sowie gesellschaftliche und politische Teilhabe führen und in puncto „Lebensqualität“ für alle spürbar sein.

Leitlinie 2: Wertschätzung kultureller Vielfalt

Die Vielfalt der Bevölkerung ist für Nürnberg ein zukunftsweisendes Entwicklungspotenzial. Auf der Grundlage gegenseitiger Wertschätzung und der Anerkennung individueller Kompetenzen und Potenziale fördern wir die aktive Zusammenarbeit und Gestaltung einer solidarischen Stadtgesellschaft und damit die Entwicklung Nürnbergs. Vielfalt ist hierbei ein Standortvorteil.

Leitlinie 3: Integration als wechselseitiger Prozess

Integration ist ein wechselseitiger andauernder Prozess. Die Gestaltung des Zusammenlebens ist die Verantwortung aller Nürnbergerinnen und Nürnberger und keine einseitige Eingliederungsleistung. Wir fördern durch geeignete Maßnahmen Respekt, gegenseitige Akzeptanz sowie einen gleichberechtigten Dialog und die Vernetzung zwischen allen in der Stadt lebenden Menschen, Organisationen, Institutionen und Initiativen.

Leitlinie 7: Interkulturelle Orientierung des Personalwesens

Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Vielfalt der Stadtbevölkerung auch bei den Mitarbeitenden ihrer Verwaltung und der städtischen Unternehmen widerspiegelt. Daher engagieren wir uns aktiv für eine verstärkte und repräsentative Beschäftigung von Mitarbeitenden mit eigener und familiärer Zuwanderungsgeschichte auf allen Ebenen.